

09.08.2017

Preisvergleich ist Pflicht



Die Freien Wähler Langenselbold wollen ihrer Rolle als Oppositionspartei und kontrollierende Kraft weiter gerecht werden: Fraktions-Vize-Chef Jürgen Heim, Parteichef Mike Mutterlose, Fraktionschefin Christiane Kapp und der ehrenamtliche Stadtrat Manfred Kapp (von links). • Foto/Archivfoto: Kleine-Rüschkamp

Preisvergleich ist Pflicht

Freie Wähler intervenieren bei Kommunalaufsicht: Magistrat revidiert Beschlüsse

Von Torsten Kleine-Rüschkamp

LANGENSELBOLD • In drei Fällen soll Bürgermeister Jörg Muth (CDU) beziehungsweise der Magistrat geplant haben, Aufträge an Firmen vergeben zu wollen, ohne angeblich vorher das vorgeschriebene Prozedere des Hessischen Vergabe- und Tariftreugesetzes beachtet zu haben. Auf Initiative der Freien Wähler Langenselbold (FW) soll die Kommunalaufsicht den Magistrat aufgefordert haben, seine Beschlüsse wieder aufzuheben. Dies sei auch erfolgt.

Die Vorwürfe der Freien Wähler beziehen sich auf Beschlüsse für drei geplante Auftragsvergaben. Die Freien Wähler haben dies bei der Kommunalaufsicht moniert und nach ihren Angaben auch das Recht erhalten. Die Aufsicht habe die drei Beschlüsse des Magistrates inkriminiert. Die Aufsicht habe den FW mitgeteilt: „Bedingung ist, dass mindestens fünf Bieter zu einer Angebotsabgabe aufgefordert werden“. Diesen Passus der Kommunalaufsicht zitierte Jürgen Heim, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, im Rahmen eines Pressegespräches.

Die Stadt beziehungsweise die Verwaltung müsse jene Firma auswählen, die das günstigste Angebot präsentiert hat. Laut Heim regle das Hessische Vergabe- und Tariftreugesetz vom 19. Dezember 2014, wie Kommu-

nen Aufträge zu vergeben haben. Und in den fraglichen drei „Fällen“ seien keine Angebote eingeholt worden.

Anlass für die Freien Wähler die Kommunalaufsicht einzuschalten, sollen Äußerungen des Bürgermeisters gewesen sein. Laut Heim soll es sich bei dieser so geäußerten Meinungsäußerung im Magistrat am 31. Mai um diesen Passus gehandelt haben: Langjährige und verlässliche Geschäftspartner mit der erforderlichen Vorkenntnis, Kompetenz und Erfahrung seien natürlich vorzuziehen. Dann könne man auch auf eine Ausschreibung verzichten.

Kontrolle des Magistrates

Der Passus sei in den Ergebnisprotokollen des Magistrates festgehalten, die den Fraktionen ausgehändigt und somit stets öffentlichem Charakter erhielten. „Der Magistrat ist ein Kollegialorgan, dessen Beratung nicht öffentlich ist. Wir erhalten aber das Ergebnisprotokoll, um unsere Kontrollaufgabe gegenüber dem Magistrat wahrnehmen zu können“, so Heim.

„Ich habe das Ergebnisprotokoll des Magistrates an die Kommunalaufsicht geschickt und moniert, dass drei Aufträge ohne die notwendige Ausschreibung vergeben werden sollten“, so das FW-Vorstandsmitglied.

Die Kommunalaufsicht sei der Eingabe der FW gefolgt. Die Aufsicht habe der Fraktion mitgeteilt, dass „die drei Magistratsbeschlüsse aufge-



Freihändigkeit birgt Risiko: Die FW haben auf die Pflicht der Angebotsanforderung vor der Auftragsvergabe hingewiesen – zum Beispiel bei Bauprojekten. • Archivfoto: Kleine-Rüschkamp

hoben werden“ müssten.

Der Magistrat habe daraufhin der Kommunalaufsicht mitgeteilt, dass er die Beschlüsse inzwischen revidiert habe, hieß es in der Schilderung durch die FW. Heim wies weiter darauf hin, dass

das ganze Thema ursprünglich als Antrag der FW auf der Themenliste der letzten Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause stand. Allerdings sei dann aufgrund von Zeitnot die Beratung auf die Sitzung nach der Som-

merpause vertagt worden. Im einzelnen ging es bei den drei Aufträgen jeweils um Nettosummen über 140 000, 98 000 und 28 000 Euro.

Heim wollte keine konkreten Angaben zu den Projekten oder Betrieben machen. „Wir möchten die Firmen nicht reinziehen. Um die geht es nicht. Sondern es geht um das Handeln des Magistrates und des Bürgermeisters. Ich habe ja früher schon einmal das Wort der ‚Bananenrepublik‘ bemüht. Kein Privatmann vergibt etwas freihändig“, sagte er weiter.

Heim zitierte weiter aus dem städtischen Schreiben, wonach der Magistrat „in der Vergangenheit Aufträge ohne Ausschreibung an die oben genannten Geschäftspartner beschlossen habe. Bisher habe es keine Beanstandungen durch das Rechnungsprüfungsamt des Main-Kinzig-Kreises gegeben.“

Das Rechnungsprüfungsamt des Kreises habe den Freien Wählern auf Anfrage mitgeteilt, dass es aber seit dem Jahr 2013 keine Überprüfung Langenselbolds mehr gegeben habe.

„Angesichts der Tatsache, dass die Stadt massiv verschuldet, der Schutzschirm noch aufgespannt ist und es große Steuererhöhungen gab, möchte ich darum bitten, dass die Große Koalition aufs Geld achtet“, sagte FW-Parteivorsitzender Mike Mutterlose. „Wir wollen auch Muth ermahnen, ordentlich mit den Steuergeldern umzugehen“, sagte der Parteichef der Freien Wähler weiter.